

# Ohne Gewerkschaften hat der Frieden keine Chance

Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
liebe Friedensfreunde!

Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges fahren wieder deutsche Panzer über russischen Boden. Die USA beabsichtigt Mittelstrecken- und Hyperschallraketen neuer Qualität auf deutschem Boden zu stationieren.

Ohne das gewählte Parlament unseres Landes zu informieren, ohne selbst der Bundesregierung es mitzuteilen, erklärte der Bundeskanzler die geplante Raketenstationierung zu einer gemeinsamen Sache der Regierungen der USA und Deutschlands. Das ist diese viel beschworene Zeitenwende.

Von Tag zu Tag eskaliert die Situation. 24 Millionen sowjetische Kriegstote scheinen vergessen. Auch die Deutschen beklagten 7,7 Millionen Kriegstote. Insgesamt wurde 70 Millionen Menschen getötet.

Von offizieller Seite will man uns kriegstüchtig machen und gleichzeitig beruhigen, unsere Waffen und die Ausbildung der ukrainischen Armee sei „völkerrechtlich legitim“. Die russische Regierung sieht das anders. Die Gefahr einer unbeabsichtigten militärischen Eskalation ist real.

Deutschland erklärt die Unterstützung Israels zur Staatsräson und liefert Waffen während der Internationale Gerichtshof feststellt, dass die rechte Regierung gegen internationales Recht verstößt.

Die Welt wird von immer neuen Kriegen erschüttert, Menschen werden getötet, Länder verwüstet. Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atommächten wächst und bedroht die Menschheit weltweit.

Wir sind entsetzt, dass tausende junge Menschen in den Schützengräben verbluten. Mit Waffen lässt sich kein Frieden schaffen. All die Waffen führen nicht zu Frieden. Wir sollen kriegstüchtig werden. „Nein zu Deutschland als Kriegspartei“ fordern bekannte Stimmen aus Sozialdemokratie und Gewerkschaftern wie Peter Brandt, Hertha Däubler-Gmelin, Michael Müller oder Helga Schwitzer. Ja, die Stimmen sind in der Minderheit, aber sie sind da und machen uns Hoffnung. Und sie klingen anders als die Stimmen des SPD-Präsidiums, dass sich für neue Stationierung von weitreichenden US-Raketen in Deutschland einsetzt. Diese Demokraten interessieren sich nicht

dafür, dass bei Umfragen Anfang Juli die Menschen gegen eine Stationierung aussprechen.

Widerstand tut Not. Wir wissen, dass wir noch zu schwach und zu wenig organisiert sind. Aber wir haben angefangen, uns zu wehren und wir werden täglich, wenn auch immer noch zu langsam, mehr, die die Gefahren erkennen und anfangen aufzustehen. Wir können wieder in der Lage sein, die kulturelle Hegemonie für Frieden zu gewinnen. Aufgeben und Stillhalten sind angesichts der Dimension der Gefahr keine Option.

Wir können es schaffen, wenn wir gemeinsam und solidarisch handeln. Wir stehen auch nicht allein, die große Mehrheit der Staaten dieser Erde, der „Globale Süden“ will Frieden und engagiert sich immer mehr und aktiver für diesen. Wir haben Freundinnen und Freunde in allen Ländern der Erde, wir lassen uns nicht gegeneinander aufhetzen. „Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein.“

Es tut dem Gewerkschafter weh zu erleben, dass sich unsere Führungen in einer in einer 110 Jahre zurückreichenden Tradition bewegen. Damit der deutsche Kaiser 1914 den I. Weltkrieg anzetteln konnte, brauchte es den „Burgfrieden“ mit der Arbeiterbewegung. Hatte man sich vorher noch auf internationalen Kongressen der gemeinsamen Sicherung des Friedens versichert, so wurden nun die Kundgebungen gegen den drohenden Krieg mit hunderttausenden Teilnehmern gestoppt. Auch 1933 hatte ein Generalstreik der Gewerkschaften den Faschismus noch verhindern können. Als am 2. Mai 33 die Gewerkschaften verboten wurden und die Gewerkschafter in die KZ verbracht wurden, da war es zu spät. Auch 1999 haben wir versagt, als mit Hilfe der deutschen Luftwaffe und unter Führung einer von SPD und Bündnis 90/Die Grünen geführten Regierung ein in Europa liegendes Land wie die damalige Republik Jugoslawien ohne völkerrechtliches Mandat von der NATO überfallen wurde. 78 Tage bombardierte Deutschland lang Städte, Infrastruktur und Fabriken. Der Tod ist ein Meister aus Deutschland.

Natürlich haben die Mitglieder der Gewerkschaften z. B. zum Krieg in der Ukraine nicht die gleiche Meinung. Aber nach wie vor gilt: Die Gewerkschaftsbewegung war und ist dem Frieden, der Abrüstung und der Völkerverständigung verpflichtet. So heißt es in der ver.di Grundsatzerklärung u.a.: „Wir setzen uns ein für die Bewahrung der natürlichen Ressourcen, für Frieden und Abrüstung sowie das Verbot von Massenvernichtungswaffen.“

ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik entschieden ab und wir widersprechen, wenn seitens des sogenannten Verteidigungsministers gefordert wird, Deutschland solle kriegstüchtig werden. Die Herausforderungen, vor denen die Menschheit als Ganzes in diesen Tagen steht, lassen sich nur gemeinsam, mit intensiverer Kooperation bewältigen. Wir haben mit Sorgen wahrgenommen, dass ver.di auf ihrem Bundeskongress bestimmte Positionen der Friedensbewegung verlassen hat, so ist ver.di, wie auch

andere, für Waffenlieferungen in die Ukraine. Aber, ver.di ist an ihrem eigenen Anspruch zu messen, nämlich Teil der Friedensbewegung zu sein. Deswegen muss die Friedensbewegung auf ver.di zugehen und versuchen, sie zu Aktivitäten zu bewegen.

Ja, wir haben auch Angst, weil wir wissen, dass eine Stationierung neuer Raketen auch wie ein Magnet auf andere Raketen wirken kann. Ob Büchel oder Ramstein - wir sind so nah dran, dass von uns nichts übrig bleiben wird, wenn, aus welchem Grund auch immer, wir beschossen werden sollten.

Es waren die USA, die die Rüstungsbegrenzungsabkommen – seien es der ABM-Vertrag, der INF-Vertrag oder der KSE-Vertrag – gekündigt haben, um hemmungslos den NATO-Vorgaben entsprechend rüsten zu können. Die Rüstungsausgaben der NATO betragen das 12fache der russischen, bei allen Waffensystemen ist die NATO drei bis fünffach Russland überlegen. Mittlerweile stehen Abwehrraketen der USA in Polen und Rumänien, und selbstverständlich mussten die Russen davon ausgehen, dass solche Systeme auch in der Ukraine aufgestellt würden. Die Russen wissen, dass diese Raketenabwehrsysteme schnell so umgerüstet werden können, dass man von ihnen Angriffsraketen starten kann.

Allerdings ist nicht nur der direkte Krieg eine Gefahr. Wollen wir uns etwa wieder in ein Wettüben begeben, einer Spirale der Aufrüstung, die schon heute unser Leben einschränkt?

Kein soziales und ökologisches gewerkschaftliches Ziel wird erreicht werden, wenn wir den Frieden nicht sichern. Ob Gesundheitswesen, Bildungswesen, Infrastruktur und Verkehrswende - mit Aufrüstung wird dafür kein Geld mehr übrig sein.

Im pfälzischen Landstuhl befindet sich mit rund 3.300 Mitarbeitern das größte Lazarett der US-Army außerhalb der USA. Aktuell wird neben dem Militärstützpunkt Ramstein in Weilerbach ein riesiges Krankenhaus gebaut. Rund 1.500 Menschen arbeiten auf dieser Baustelle mit 15 riesigen Kränen. Auf einer Grundfläche von rund 600 mal 300 Metern entsteht ein 90.000 Quadratmeter großes Gebäude mit mehr als 4.000 Zimmern, davon 120 Untersuchungsräumen und 9 OP-Sälen. Insgesamt 68 Fachdisziplinen wird es dort ab 2027 geben. Die Projektkosten liegen bei mehr als einer Milliarde Euro.

Wir sehen was alles für Gesundheit und Pflege möglich ist, wenn sie der Vernichtung dienen. Während uns das Geld für die Daseinsvorsorge fehlt, unsere Alten in Altersarmut immer schlechter versorgt werden und es vorne und hinten in unserem Gesundheitswesen fehlt, wird in Ramstein nicht nur 47 Hektar Wald abgeholzt, sondern Voraussetzungen für künftige kriegerische Auseinandersetzungen geschaffen.

Deutschland hat wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland verhängt und sich damit selbst ganz erheblich geschadet. Wenn es um ein verbündetes Land geht, werden Milliarden locker gemacht, die für andere Zwecke fehlen. Das Grundgesetz wurde geändert, um trotz Schuldenbremse ein „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro ins Leben zu rufen – ein „Vermögen“, das ausschließlich aus Schulden besteht. Außerdem soll der Rüstungsetat das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreichen; zwei Prozent des Bruttosozialprodukts sollen für militärische Zwecke ausgegeben werden. Natürlich fehlen diese Milliarden in der Bildung, in Pflegeeinrichtungen und in der Verkehrsinfrastruktur.

Der Ortsverein Saarland der Gewerkschaft ver.di versteht sich als Teil der Friedensbewegung. Wir haben entsprechende Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, sind am Antikriegstag und beim Ostermarsch dabei und haben aus Anlass des 75. Jahrestages des Grundgesetzes bei der „Straße der Demokratie“ besonders das Friedensgebot herausgestellt. Der Vorstand des Ortsvereins Saarland der Gewerkschaft ver.di unterstützt den Aufruf „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!“. Dort heißt es u.a. „Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen.“

In diesem Sinne appellieren wir an unsere Gewerkschaftsführung, lasst uns unserer Verantwortung gerecht zu werden. Beim Kampf um eine Friedenslösung müssen die Gewerkschaften mit an erster Stelle stehen. Wir brauchen dringend den Schulterschluss von Gewerkschaften und Friedensbewegung.

Angesichts der immer bedrohlicheren Kriegssituation und der immer weiter forcierten Aufrüstung muss die Friedensbewegung ein deutliches Zeichen gegen den militärischen Wahnsinn setzen. Die Initiative „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“, darunter unser Kollege Ralf Krämer, Sekretär bei der ver.di-Bundesverwaltung, ruft zu einer Friedensdemonstration am 3. Oktober 2024 nach Berlin auf.

Im Herbst will der Bundestag den Haushalt 2025 verabschieden, den man nur noch als Kriegsetat bezeichnen kann. Das ist ein Kriegs- und Krisenhaushalt mit Umverteilung von unten nach oben sowie der Ausdruck einer von der Ampel unter Mithilfe der Mehrheit der Opposition durchgedrückten gesellschaftlichen Neuorientierung auf Krieg und autoritärer Krisenbewältigung. Die Folge der verfehlten Regierungspolitik sind die Gefahr der Deindustrialisierung, ganz abgesehen vom Demokratieabbau, der bereits stattfindet.

Die Diskussion über Bürgergeld, Kindergrundsicherung, Gesundheitswesen, Pflege und Rente zeigt: Unter dem Aufrüstungskurs der Ampel verengen sich

die finanziellen Spielräume. Da ist an einen nachhaltigen Umbau von Industrie und Gesellschaft nicht zu denken. Und sie nehmen wieder das Goebbels-Zitat von „Kanonen statt Butter“ in den Mund, eine Kriegswirtschaft wird vorbereitet. Wer die Rechte der abhängig Beschäftigten im Auge hat, muss als Voraussetzung sich für Entspannung, Abrüstung und Frieden einsetzen.

Für die nächsten Jahre reichen die bisherigen und geplanten staatlichen Ausgaben bei weitem nicht aus, um den aufgestauten Investitionsbedarf sowie weitere Betriebsausgaben für die Erhaltung der Infrastruktur, des Sozialstaats und eine sozial-ökologische Transformation zu finanzieren. Wir schätzen einen Investitionsbedarf von 600 Mrd. Euro in den nächsten 10 Jahren, d.h. 60 Mrd. Euro im Jahr. Ab 2028 müssen zudem die Corona-Schulden und ab 2031 die Kredite des Bundeswehrfonds (100 Mrd. „Sondervermögen“) und des Wirtschaftsstabilisierungsfonds getilgt werden. Dieses Geld muss aus dem Bundeshaushalt aufgebracht werden und verringert die Spielräume für andere Ausgaben.

„Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen, zum Vorteile des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien oder zu höherer Ehre diplomatischer Geheimverträge.“ So hieß es im Manifest des Basler Friedenskongresses 1912, verabschiedet von 555 Delegierten aus 23 Ländern. Damals wie heute liegt es nicht im Interesse der abhängig Beschäftigten, in Kriegen an der Front verheizt zu werden,

Und ebenso gilt, Butter und Kanonen wird es nicht geben. Man muss sich entscheiden. Was hat in dieser Situation Priorität?

Es ist so wie die Organisatoren in dem Aufruf „Krieg beginnt hier - Büchel geht uns alle an“ für den heutigen Aktionstag schreiben: „Aggressive Rüstungspolitik und Bereitstellung von Angriffswaffen schaffen keinen Frieden. Sie provozieren Wettrüsten und drängen die Welt in Richtung aggressiver militärischer Konflikte. Rüstungskonzerne und Militärstrategie profitieren von der Kriegspolitik, während Sozialausgaben und Reallöhne zurückgeschraubt werden und die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr auseinander geht.“

Deswegen wenden wir uns an alle Menschen, die mittun wollen, aus der Sackgasse von Konfrontation und Krieg herauszukommen. Lasst uns alte Streitigkeiten, Differenzen, unterschiedliche Einschätzungen zurückstellen, um in dieser Situation größter Gefahr für den Weltfrieden gemeinsam zu handeln. Wir wollen die Friedensbewegung stärken und viele unterschiedliche Kräfte zum gemeinsamen Handeln ermutigen.

Glückauf!